

Die Weisen aus dem Forscherland

Lucas Papademos in Griechenland, Mario Monti in Italien – es sind Wissenschaftler, die die beiden krisengeschüttelten Staaten im Süden Europas in eine bessere Zukunft führen sollen. Sind Professoren am Ende vielleicht doch die besseren Politiker?

von Reinhard Hüttl

Drehen wir die Frage einmal um. Sind Politiker die besseren Wissenschaftler? Kaum. Wissenschaftliche Evidenz lässt sich nicht politisch aushandeln, Wahrheit richtet sich nicht nach Mehrheiten. Der Rollentausch funktioniert nicht – und zwar in keine Richtung. Das Aushandeln und Entscheiden muss in demokratischen Systemen das Primat der Politik bleiben. Das Primat der Wissenschaft ist der Erkenntnisgewinn – Erkenntnis, die immer falsifizierbar ist. Und doch dürfen wir Wissenschaft und Politik nicht als isolierte Systeme achselzuckend nebeneinander stehen lassen. Zu viele gesellschaftliche Zukunftsfragen haben einen direkten Wissenschaftsbezug. Wir brauchen eine unabhängige wissenschaftliche Politikberatung. In Deutschland entwickelt sie sich vielversprechend.

Dass Denker die geeigneteren Staatslenker sein könnten, vermutete schon Platon. Seine berühmten Philosophenkönige müssen geradezu zur Macht überredet werden. Und das zeichnet sie gegenüber den antiken Politikprofis aus. Es ist eine Ironie, dass nun gerade in Griechenland und Italien Expertenregierungen die Krise abwenden sollen. Mit Loukas Papadimos hat ein erfahrener Ökonom die Regierungsgeschäfte übernommen. Das Kabinett unter Mario Monti ist ein Expertenzirkel. Erleben wir eine neue politische Führung, die ihre Entscheidungen anhand rationaler, wissenschaftlicher Kriterien fällt?

Der feine Unterschied

Die Regierungen in Griechenland und Italien sind aus der Währungskrise geboren. Es ist gut, dass dies in Deutschland nicht zur Debatte steht. Wir sind bisher erstaunlich gut durch die wirtschaftlichen Turbulenzen gekommen. Das hat viel mit der Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft und den bei uns (noch) existierenden industriellen Wertschöpfungsketten zu tun. Doch der Ruf nach Experten als Entscheidungsträger, die den parteipolitischen Streit überwinden, bringt uns da so wenig weiter wie die Herabwürdigung des wissenschaftlichen Rats. Es ist ja nicht lange her, als beim vorletzten Bundestagswahlkampf ein gut reputierter Ökonom als „dieser Professor aus Heidelberg“ stigmatisiert wurde. Wie unter-

schiedlich die Legitimationsbasis von Wissenschaft und Politik ist, könnte ich an vielen Beispielen zeigen. Einen Wissenschaftler, der mir fachlich sehr nahe steht, möchte ich herausgreifen: Alfred Wegener. Als erster vertrat er die Theorie der Plattentektonik. Kontinente, die einmal zusammenhingen und über große Entfernungen gewandert sind? Undenkbar! Alfred Wegener erlebte nicht, dass seine Theorie sich durchsetzte. Er fand zunächst keine Mehrheit, und doch lag er richtig.

Wissenschaftler sind keine Politiker, auch wenn sie Politik und Gesellschaft beraten. Umso wichtiger ist es, dass sie ihre Rolle richtig einordnen und eine bestimmte Linie nicht übertreten. Wenn Wissenschaft Teil der politischen Aushandlungsprozesse wird, verliert sie ihre Unabhängigkeit. Wenn sie der Begründung politischer Ziele und Entscheidungen dient, kommt es zu Gefälligkeitsempfehlungen und gefärbten Gutachten. Verfolgt Forschung politische Ziele, lässt das Falsifikation praktisch nicht mehr zu. Wissenschaft beruht im Kern auf Skepsis – Skepsis im konstruktiven Sinne, also im kontinuierlichen Wettbewerb um besseres Wissen. Was wir tun können: wissenschaftlich fundierte Empfehlungen aussprechen und Handlungsoptionen auf dem besten Stand des Wissens ausleuchten.

Es ist eine politische Entscheidung, aus der Kernenergie auszustiegen, aber es gehören Wissenschaft und Technologie dazu, den Ausstieg sicher zu bewältigen. Es ist eine politische Entscheidung, erneuerbare Energien auszubauen, doch ohne Wissenschaft und Technologie werden wir dezentrale und fluktuierende Energiequellen nicht zu einem stabilen System integrieren. Manchmal ist es auch umgekehrt: Es ist eine komplexe wissenschaftliche Aufgabe, die aktuelle Klimadynamik und die Auswirkungen des globalen Wandels in die Zukunft zu extrapolieren. Doch es ist eine politische Aufgabe, über die Gegenmaßnahmen zu entscheiden. Das Entscheidungsprimat liegt stets bei der Politik. Politik und Gesellschaft brauchen aber den Rat der Wissenschaft. Deren Unabhängigkeit darf nicht missverstanden werden als edle Isolation.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren im System der wissenschaftlichen Politikberatung große Fortschritte gemacht.

**Wissenschaft beruht
im Kern auf Skepsis – Skepsis
im konstruktiven Sinne.**



Reinhard Hüttl

Präsident der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften acatech

Geboren 1957 in Regensburg, steht Reinhard Hüttl seit 2007 an der Spitze des Geoforschungszentrums Potsdam. Daneben hat der Forst- und Bodenwissenschaftler zahlreiche Ämter in Gremien der wissenschaftlichen Selbstverwaltung inne. Seit 2008 ist er Präsident der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften. In der Politikberatung ist Hüttl nicht nur praktisch erfahren. Er gehörte auch der Arbeitsgruppe an, die im Jahr 2008 unter dem Dach der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften die Leitlinien zur Politikberatung veröffentlichte.

Wir haben eine eingespielte Zusammenarbeit der Wissenschaftsakademien mit ihren spezifischen Stärken: der Nationalen Akademie Leopoldina für Naturforschung und Medizin, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften für die Ingenieur- und angewandten Naturwissenschaften und der Union der Länderakademien für die Sozial- und Geisteswissenschaften. Sie stellen wissenschaftliche Erkenntnis bereit für Politik und Gesellschaft. Sie sind keine Think-Tanks, bei denen wissenschaftliche Mitarbeiter politisch zugespitzte Papiere schreiben, sondern bilden variable Netzwerke von Wissenschaftlern, die an ihren Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten.

Die Akademien bringen sie zu konkreten Zukunftsfragen zusammen – interdisziplinär und faktenbasiert. Wo eine Akademie ein Thema abdeckt, arbeitet sie in ihrem Netzwerk. Unsere technikwissenschaftliche Expertise zu den Intelligenten Netzen der Zu-

technologischen Durchbrüche der nächsten Jahre nicht vorhersagen. Deshalb müssen wir alle Technologiepfade verfolgen, die heute aussichtsreich sind. Szenarienbasiert bedeutet: Wenn wir über anstehende politische Weichenstellungen wissenschaftlich beraten wollen, ohne Entscheidungen vorwegzunehmen, dann müssen wir die Handlungsoptionen und ihre Folgen ausleuchten. Die Akademien haben dies exemplarisch in dem gemeinsam erarbeiteten Energieforschungskonzept getan.

Die Arbeitsteilung

Wichtig ist: Am Ende trifft die Politik, die Wirtschaft oder die Gesellschaft die entsprechenden Entscheidungen. Nicht selten bedeutet dies Handeln bei unsicherem Wissen. Dabei ist es Aufgabe der Wissenschaft, nicht nur wissenschaftlich basierte Empfehlungen und Handlungsoptionen darzulegen, sondern immer auch die da-



Foto: fotolia

Der Stein der Weisen, die Quadratur des Kreises, das Perpetuum mobile. So gut wie jede wissenschaftliche Disziplin kennt ein Trugbild, hinter dem sie herläuft. Allen gemein ist das Streben nach der perfekten Politikberatung. Doch wer weiß: Vielleicht lässt sich dafür das sprichwörtliche Ei des Kolumbus finden.

kunft, den Smart Grids, konnten wir in die Ethikkommission Sichere Energieversorgung der Bundesregierung einbringen. Wo die Stärken aller Akademien gefragt sind, kooperieren sie, beispielsweise bei der Erarbeitung eines integrierten Energieforschungskonzeptes.

Wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung ist anspruchsvoll. Das beginnt bei den Forschern selbst. Zuvorderst ist die Bereitschaft nicht selbstverständlich. Wer sich mit Zukunftsfragen und Megatrends auseinandersetzen möchte, muss zudem inter- und transdisziplinär zusammenarbeiten. Oftmals muss die Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung einfließen. Beides erfordert eine hohe Kommunikations- und Teamfähigkeit.

Am anspruchsvollsten ist wahrscheinlich der Umgang mit unsicherem Wissen. Gesellschaftlich relevante Themen haben unterschiedliche Zeithorizonte. Manchmal sind es Jahre, Jahrzehnte oder – Stichwort Klima – gar Jahrhunderte. Am wirksamsten hat sich dafür das Modell einer zukunfts-offenen und szenarienbasierten Beratung von Politik und Gesellschaft erwiesen. Zukunfts-offen heißt: Wir können die wissenschaftlichen und

mit verbundenen Unsicherheiten zu benennen. Letztendlich bedeutet dies, dass die wirklich schwierige Aufgabe nicht die bestmögliche Ableitung von Empfehlungen und Handlungsoptionen ist, sondern eben das Fällen von Entscheidungen – insbesondere dann, wenn der vorhandene Wissensstand unvollkommen beziehungsweise unsicher ist.

In einer aufgeklärten Informations- oder Wissensgesellschaft ist die Kenntnis dieser Zusammenhänge von zentraler Bedeutung. Handeln bei unsicherem Wissen bedeutet deshalb – wo immer möglich –, Flexibilität beizubehalten, um angesichts neuer Erkenntnisse weitergehende Entscheidungen treffen zu können. In diesem iterativen Prozess obliegt der Wissenschaft die Aufgabe, nachzuhalten – also nicht nur Empfehlungen und Hand-

lungsoptionen zu erarbeiten, sondern zu eruieren, was aus diesen Empfehlungen wurde.

Wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung ist somit immer dialogisch. Sie hilft der Politik, Entscheidungen auf informierter Basis zu treffen. Aber sie hilft auch der Wissenschaft, ihre Erkenntnisse gesellschaftlich zu reflektieren. ■

Am Ende trifft die Politik die Entscheidungen, nicht selten bei unsicherem Wissen.